Neue Helvetische Bank
Die Bank für Unternehmer
Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich
Tel. 044 204 56 00
www.neuehelvetischebank.ch

Freitag, 10. April 2015 | Nr. 15 | 57. Jahrgang

AZA
CH-8820 Wädenswil
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: Stutz Druck, Postfach 465, 8820

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

KANTONSRATS- UND REGIERUNGSRATSWAHLEN VOM 12. APRIL 2015

Jede Stimme zählt – nöd lugg laa günnt!

Wenn Sie diese Zeilen lesen, haben knapp 8 von 10 Stimmbürgern noch nicht gewählt. Nutzen Sie die verbleibenden Tage bis zum Schliessen der Wahlurnen nochmals, um in Ihrem Umfeld Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren. Wählen Sie Liste 1 sowie Markus Kägi und Ernst Stocker in den Regierungsrat. Sie tun damit etwas Gutes für unseren Kanton und für unsere Schweiz.

Alfred Heer
Nationalrat SVP
Parteipräsident
SVP Kanton Zürich

Die SVP des Kantons Zürich hat diese Woche nochmals den Wahlkampf intensiviert. Nebst Unterstützung durch Inserate sind wir Ihnen allen dankbar, wenn Sie noch einmal auf die Strasse gehen, um Wählerinnen und Wähler «abzuholen». «Nüd lugg laa günnt!»

Jetzt werden die Weichen für die nächsten vier Jahre gestellt. Die SVP hat sich in den letzten vier Jahren mit ihren beiden Regierungsräten Markus Kägi und Ernst Stocker und der Kantonsratsfraktion für einen stabilen und gesunden Kanton Zürich eingesetzt. Dies wollen wir auch die nächsten vier Jahre tun.

Wir wollen einen Kanton Zürich, welcher

- in die Infrastruktur investiert (Oberlandautobahn, Gubrist)
- ein steuergünstiges Umfeld für Wirtschaft und Private bietet
- Leistungen effizient und kostengünstig erbringt
- Sozialmissbraucher konsequent verfolgt
- Kriminalität und Vandalismus sanktioniert
- weltoffen, aber nicht EU-bevormundet ist.

Die SVP hat in den letzten Jahren massgeblich dazu beigetragen, dass der Steuerfuss nicht erhöht wurde. Zudem konnten wir durch den steten Druck auf die linke Sozialindustrie, Missstände beheben, damit die Sozialhilfe an Bedürftige und weniger an ausländische Kriminelle und Schmarotzer ausgerichtet wird. Es gibt jedoch noch viel Arbeit zu tun, nachdem die Einwanderung in unsere Sozialsysteme nach wie vor sehr hoch ist. Hier braucht es griffige Massnahmen auch auf Bundesebene, damit eine Einwanderung in unsere Sozialsysteme verunmöglicht wird.

Wirklichkeit gibt der SVP recht

Bei unserem neuen Parteiprogramm für die nächsten vier Jahre interessiert uns nicht der Zustand und der Vorteil unserer Partei, wer jetzt welches Pöstchen besetzen und wer welches Karriereleiterchen vorwärts kommen soll. Bei unserem Parteiprogramm interessiert uns einzig der Zustand unserer Schweiz, unseres Kantons Zürich, unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Mag es auch Jahre, gar Jahrzehnte dauern, eines zeigt sich in aller Eindrücklichkeit: Die Wirklichkeit gibt der SVP recht – und zwar in zunehmendem Mass, Jahr für Jahr, jeden Tag ein bisschen mehr. Und das ist es denn auch, was uns die andern Parteien und die Medien nicht verzeihen: dass wir recht haben und recht bekommen.

- Wir haben recht bekommen, dass wir vor der EU als intellektuelle Fehlkonstruktion warnten;
- Wir haben recht bekommen, dass wir die Euro-Währung als ideologiegetrieben und wirtschaftsfremd bezeichnet haben;
- Wir haben recht bekommen, als wir vor der Personenfreizügigkeit warnten, weil sie zu einer Massenzuwanderung führen müsse;
- Wir haben recht bekommen, als wir voraussagten, dass Schengen nicht funktioniert und die Unsicherheit erhöht;
- Wir haben recht bekommen, als wir im Fall der Annahme des Krankenversicherungsgesetzes als Einzige Prämienerhöhungen voraussagten;
- Wir haben recht bekommen, dass gewaltbereite Islamisten eine öffentliche Gefahr bilden;
- Wir haben recht bekommen, als wir von der sozialistischen Umverteilung warnten – heute stellen SP-nahe Experten und der «Tages-Anzeiger» fest, dass der arbeitende Mittelstand Hauptverlierer der sozialistischen Politik ist.
- Wir haben recht bekommen, als wir im Sozialwesen vor Sozialmissbrauchern, Scheininvaliden, Sozialbürokraten warnten. Wir haben recht bekommen: Der Sozialismus kennt keine Verantwortung und ist die gleichmässige Verteilung des Elends!

Die SVP stützt das Gewerbe, die Wirtschaft, aber auch die Arbeitnehmer, welche hier ihr Auskommen haben. Gerade die geplante Abschaffung der Pendlerpauschale auf kantonaler Ebene hätte schwerwiegende Auswirkungen für jede und jeden Werktätigen. Dagegen wehren wir uns.

Die SVP steht ein für die Unabhängigkeit und die Eigenständigkeit unseres Landes. Die SVP will eine Schweiz, welche mit der ganzen Welt vernetzt und nicht in einem EU-Bürokratiekonstrukt bevormundet wird.

Wenn Sie diese Anliegen teilen, dann legen Sie bitte für die Kantonsratswahlen die Liste 1 SVP in die Urne und wählen Sie unsere bisherigen Regierungsräte Markus Kägi und Ernst Stocker wieder in den Regierungsrat.

Für Ihren Einsatz während des Wahlkampfs möchte ich mich herzlich bedanken. Der Kanton Zürich hat es dringend nötig, dass die SVP die Wahlen gewinnt.

JETZT WÄHLEN – JEDE STIMME ZÄHLT

ZUSAMMEN MIT SILVIA STEINER, THOMAS HEINIGER
UND CARMEN WALKER SPÄH

Christoph Mörgeli

Angenehmer für Bankkunden

Die Bombe liegt gut versteckt unter allerlei Floskeln: «Systemwechsel bei der Verrechnungssteuer», lautet die reichlich technische Überschrift einer Stellungnahme der Schweizerischen Bankiervereinigung vom 24. März 2015. Die Bankiervereinigung fordert ein «automatisches Meldeverfahren für Schweizer Steuerpflichtige auf Obligationenzinsen und ausländischen Dividenden». Damit gilt es zu verhindern, dass Inländer ihr Depot zu einer ausländischen Bank verlegen. Bei der Demontage des Bankgeheimnisses übertreffen die Bankiers jetzt sogar den Bundesrat.

Die Bankiervereinigung schreibt etwas verschämt, sie sei sich «der politischen Dimension dieses Entscheides bewusst». Glück gehabt. Ausser der Zeitung Finanz und Wirtschaft («Bankiervereinigung geht weiter als der Bundesrat») hat das Ungeheuerliche kaum jemand kommentiert. Die Schweizer Banken wollen den automatischen Informationsaustausch – auch im Inland. Dieser Vorschlag sei «auch für die Kunden angenehmer als der Vorschlag des Bundesrates». Nichts ist angenehmer als der Verlust von Selbstverantwortung. Economiesuisse nickt die Zumutung diskret ab.

Schon am Jahresbeginn sind die Inlandbanken zu diesem Thema vorgeprescht: Der automatische Informationsaustausch von Steuerdaten solle auch im Inland geprüft werden. Zu den Inlandbanken gehören vor allem die Kantonalbanken mit ihrer Staatsgarantie und die Raiffeisen als Genossenschaft. Um ihres eigenen vermeintlichen Vorteils willen fallen sie ihren Kunden und den steuerzahlenden Bürgern in den Rücken. Der neue Raiffeisen-Chef Patrik Gisel meint: «Langfristig wird sich das Bankgeheimnis im Inland nicht in der Form halten können.»

2008 kämpfte Finanzminister Hans-Rudolf Merz vor dem Parlament noch wie ein zähnefletschender Tiger: «An diesem Bankgeheimnis werdet Ihr Euch die Zähne ausbeissen.» Diese Zähne sind im Fall der ausländischen Kunden bereits ausgefallen. Jetzt greift die Bankiervereinigung zum Hammer, um die verbliebenen Zähne auch noch auszuschlagen. Seit Merz bedurfte es einer einzigen Amtsnachfolgerin und deren leerer Drohung von angeblichen «schwarzen Listen» der OECD, die gar nicht existieren. Die Branche denkt an sich selber statt an die Klienten. Früher behandelten die Schweizer Banken uns Kunden wie rohe Eier. Heute hauen sie uns nur noch in die Pfanne.

WEITERENTWICKLUNG DER ARMEE

Sicherheit oder Wehrlosigkeit?

Die Friedenseuphorie der frühen 90er-Jahre nach dem Mauerfall 1989 und dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat längst der Ernüchterung Platz gemacht. Nach dem Krieg auf dem Balkan, quasi vor unserer Haustür, sind weltweit zahlreiche Kriege und Konflikte im Gang, und neue drohen auszubrechen.

Hans Fehr
Nationalrat SVP
Eglisau

Vor einem Jahr hat Putin die Krim annektiert, und in der Ostukraine herrscht Krieg, der sich auszuweiten droht. Fanatiker und Terrorbanden, insbesondere die mit unvorstellbarer Barbarei wütenden Mörderbanden des «Islamischen Staates», versetzen ganze Regionen in Angst und Schrecken. Und während europäische Länder ihre Armeen zum Teil verkümmern liessen, werden vor allem in Afrika, im Mittleren Osten, in Indien, Russland und China gewaltige Waffenpotenziale aufgebaut. Diese Eskalation kann auch die Sicherheit unseres Landes gefährden. Wir müssen unsere Armee als Kernelement einer glaubwürdigen bewaffneten Neutralität auf Vordermann bringen. Die Sicherheit ist die erste Staatsaufgabe.

Der Kernauftrag der Armee

«Die Armee dient der Kriegsverhinderung (…). Sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung.» So lautet ihr Kernauftrag gemäss Artikel 58 der Bundesverfassung. Das heisst: Unsere Milizarmee muss zahlenmässig stark, modern ausgerüstet und rasch einsatzbereit sein. Nur so kann sie ihren Auftrag erfüllen – sei es unterhalb der Kriegsschwelle (mit Terroranschlägen, elektronischer Kriegsführung, Spionage und dergleichen) – oder sei es oberhalb der Kriegsschwelle, wenn die Armee den Verteidigungskampf führen und bestehen muss.

Die gefährlichste Feindmöglichkeit

Die Armee hat sich auf die gefährlichste Feindmöglichkeit, also auf einen feindlichen Angriff zu Land und in der Luft einzustellen – voraussichtlich eingeleitet durch Aktionen unterhalb der Kriegsschwelle. Sie muss unser Land und unsere Bevölkerung schützen und verteidigen. Das allein ist ihre Rechtfertigung. Wenn die Armee diese Fähigkeit während der nächsten 20, 50 oder 100 Jahre nicht beweisen muss, haben wir Glück gehabt. Aber sie muss verteidigungsfähig sein.

Die Weiterentwicklung der Armee

Nach mehreren gescheiterten Reformen geht es derzeit um die sogenannte «Weiterentwicklung der Armee» (WEA). Mit dem vom Ständerat bereits verabschiedeten Konzept – 100 000 Soldaten, 5 Milliarden Franken/Jahr, eine zusätzliche (dritte) Kampfbrigade, ein taugliches Mobilisierungssystem, eine bessere Kaderausbildung – lässt sich der Verfassungsauftrag nicht erfüllen. Wir brauchen mehr Soldaten, mehr modernes Material – und mehr Geld. Wenn bei Terrorgefahr (unterhalb der Kriegsschwelle) viele wichtige Objekte wie Kraftwerke, Bahnhöfe, Verkehrsknotenpunkte, Versorgungszentren, Schaltzentralen etc. über längere Zeit bewacht oder überwacht werden müssen, braucht es hohe Bestände und genügend Mittel. Nach dem Massaker gegen «Charly Hebdo» in Paris waren rund 80 000 Polizisten und Soldaten während längerer Zeit im Einsatz.

Und im Fall eines Verteidigungskampfes reichen 100 000 Mann ohnehin nicht.

Die Nachbesserung der WEA ist ein Muss

Die WEA («Version Ständerat») muss deshalb im Nationalrat in der kommenden Sommersession «nachgebessert» werden, und zwar wie folgt:

Wir brauchen einen Armee-Sollbestand von 140 000 Mann (vor allem mehr Infanterie) und ein Jahresbudget von 5,4 Milliarden Franken. Die zusätzliche Kampfbrigade muss voll ausgerüstet werden; sie darf nicht durch die «Ausdünnung» der beiden bestehenden Panzerbrigaden gebildet werden. Teile der Armee müssen innert Stunden einsatzbereit sein, das Gros nach 2–3 Tagen. Im Weiteren braucht unsere Armee eine moderne bodengestützte Luftabwehr und zusätzliche Kampfflugzeuge. Und sie braucht die nötigen Spezialisten und Mittel für die elektronische Kriegsführung sowie einen effizienten Nachrichtendienst. Die Sicherheit hat ihren Preis, die Wehrlosigkeit einen noch viel höheren!

Zitat

Für den Oasen-Kanton Zürich

Die SVP-Kantonsratsfraktion wird weiterhin mit anderen bürgerlichen Kräften dafür einstehen, dass unser von weiten Teilen der uns umgebenden Staaten als «Oase» qualifiziertes Land bzw. Kanton als ebensolches bzw. ebensolcher bestehen bleibt. Oase ist «ein bewohnter Ort, ein Vegetationsfleck in der Wüste». Die SVP wird sich auch in den nächsten vier Jahren für einen Oasen-Kanton Zürich und nicht für einen Wüste-Kanton Zürich einsetzen.

Jürg Trachsel, Kantonsrat, SVP-Fraktionspräsident, Richterswil

ECKWERTE FÜR DIE UNTERNEHMENSSTEUERREFORM III

Wettbewerbsfähigkeit noch nicht gesichert

Die vom Bundesrat vorgestellten Eckwerte für die Unternehmenssteuerreform III befriedigen noch nicht. Will die Schweiz ihre steuerliche Konkurrenzfähigkeit – und damit Wohlstand und Arbeitsplätze – erhalten, müssen die Massnahmen zur Kompensation der Aufgabe von attraktiven steuerlichen Möglichkeiten der Kantone deutlich weiter gehen als vom Bundesrat präsentiert. Begrüsst wird von der SVP der Verzicht auf eine schädliche Kapitalgewinnsteuer.

SVP. Die Schweiz verfügt derzeit über eines der wettbewerbsfähigsten Unternehmenssteuersysteme weltweit. Dieser Faktor hat einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass die Schweiz einer der attraktivsten Unternehmens- und Wirtschaftsstandorte ist. Dies trägt zum Wohlstand der Bürger und zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei. Auf Druck des Auslands will der Bundesrat nun aber die erfolgreiche Praxis der privilegierten Besteuerung ausländischer Unternehmen und Erträge sowie die kantonalen Steuerregimes für Holding-, Domizil und gemischte Gesellschaften aufgeben. Dies ist jedoch nur dann vorstellbar, wenn im Sinne einer Kompensation mit neuen Massnahmen die Konkurrenzfähigkeit des Steuersystems erhalten bleibt. Das prioritäre Ziel einer entsprechenden Reform muss zwingend sein, dass die Schweiz ihre Spitzenposition im steuerlichen Standortwettbewerb verteidigen und sogar ausbauen kann. Die vom Bundesrat präsentierten Massnahmen werden diesem Anspruch noch nicht gerecht. Positiv zu werten ist der Verzicht auf die Einführung einer schädlichen Kapitalgewinnsteuer.

Mehr Spielraum für die Kantone

Die SVP hat bereits in ihrer Vernehmlassungsantwort klar gemacht, dass die Unternehmenssteuerreform bedeutend weiter gehen muss als vom Bundesrat in seinem Entwurf skizziert.

Die SVP verlangt vom Bundesrat bis zum Vorlegen der Botschaft eine klare Verbesserung der Vorlage mit folgenden Eckpunkten:

1. Der vom Bundesrat vorgeschlagene Massnahmen-Mix muss angepasst und erweitert wird (z. B. möglichst breite Lizenzbox, extensive zinsbereinigte Gewinnsteuer, Möglichkeit zum Verzicht auf die Erhebung der Kapitalsteuer, Einführung einer Tonnagesteuer usw.).
2. Das Massgeblichkeitsprinzip ist zu flexibilisieren.
3. Auf Anpassungen beim Teilbesteuerungsverfahren ist zu verzichten.
4. Verzicht auf die Einstellung zusätzlicher Steuerinspektoren.
5. Reduktion des Gewinnsteuersatzes auf Bundesebene von 8,5% auf 7,5%, um den Kantonen mehr Spielraum zu geben, statt die Rückverteilung der Bundessteuer an die Kantone zu erhöhen.

ERHÖHUNG DER UNTERSCHRIFTENZAHLEN

Schleichender EU-Beitritt dank Demokratieabbau

Avenir Suisse hat wieder einmal nachgedacht. Die liberale Denkfabrik will die Unterschriftenzahlen für die Einreichung von eidgenössischen Volksinitiativen drastisch erhöhen. Vordergründig argumentiert sie, seit Einführung des Frauenstimmrechts sei die notwendige Unterschriftenzahl der stetig wachsenden Bevölkerung nie angepasst worden.

AUNS. In Tat und Wahrheit geht es Avenir Suisse um nichts anderes, als die direkte Demokratie, also die Mitsprache der Schweizerinnen und Schweizer sowie der Kantone, massiv einzuschränken. Avenir Suisse akzeptiert den Volksentscheid vom 9. Februar 2014 über die Masseneinwanderung nicht. Deshalb lautet die Devise: Durch Demokratieabbau schleichend EU-Kompatibilität herstellen.

Der erneute Vorstoss gegen die politischen Volksrechte muss also vor dem Hintergrund beurteilt werden, dass der EU-Beitritt – via Hintertür – angestrebt wird. Das Argument der gewachsenen Bevölkerung ist nicht glaubwürdig. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger müssen heute mit intensiver Überzeugungsarbeit für eine Volksinitiative gewonnen werden. Die Bürgerinnen und Bürger sind für eine sachliche Beurteilung eines Volksbegehrens mündig genug. Eine Volksinitiative erfolgreich einzureichen, ist für die Initianten nach wie vor ein Kraftakt. Avenir Suisse als «Denkfabrik» täte gut daran zu überlegen, warum so viele Volksinitiativen lanciert und vom Volk angenommen werden. Bundesbern und somit auch die sogenannten liberalen Vorzeigedenker nehmen weder die Sorgen noch die Bedürfnisse des Schweizer Volkes ernst. Dank der gelebten direkten Demokratie behauptet sich die Schweiz gerade im europäischen Umfeld sehr gut.

Einladung zum
SVP-Wahltreff

Sonntag, 12. April 2015

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Am Wahlsonntag richtet die SVP des Kantons Zürich einen Wahltreff ein. Verfolgen Sie mit uns das Geschehen um die Kantons- und Regierungsratswahlen live.

Wo: Restaurant Sagi, Wiesendangerstrasse 15, 8543 Bertschikon bei Wiesendangen. Autobahnausfahrt Attikon. Parkplätze vorhanden.

Zeit: Alle Mitglieder sind ab 15.00 Uhr herzlich willkommen.

Auch unsere Regierungsräte Ernst Stocker und Markus Kägi werden erwartet.

Wir freuen uns auf Ihr Erscheinen!
SVP Kanton Zürich
und Winterthur-Land

Restaurant Sagi
8543 Bertschikon
bei Wiesendangen
Autobahnausfahrt Attikon

Es spielen für Sie
die **Wyland Stegreifler**

Wyland Stegreifler

SIE TRETEN NICHT MEHR AN ZU DEN KANTONSRATSWAHLEN

SVP muss zehn Rücktritte ersetzen

Zehn SVP-Politiker treten aus dem Kantonsparlament auf Ende der Legislatur zurück. Sie können dem Wahlsonntag etwas ruhiger entgegensehen, da sie nicht mehr selbst Kandidaten sind. Die SVP dankt allen diesen verdienten Ratsherren für ihren Einsatz zugunsten unseres Kantons und unserer Partei. Sie wünscht ihnen alles Gute in einer neuen Lebensphase, die nicht mehr gekennzeichnet ist von Montagssitzungen im Rathaus in Zürich.

rw. Im Bezirk Affoltern tritt Jakob Schneebeli zurück. Der Immobilientreuhänder gehörte dem Rat seit 2007 an. Er war zuletzt Mitglied der Kommission für Planung und Bau (KPB) und unterstützte die Kantonalpartei beim Erarbeiten von Vernehmlassungsantworten.

Drei Bauern …

Der Bezirk Dielsdorf hat einen sehr gewichtigen Rücktritt aus den SVP-Reihen zu verzeichnen. Hans Frei, der jetzige Präsident des Zürcher Bauernverbandes und Vizepräsident des Schweizerischen Bauernverbandes, tritt nach fast 19-jähriger Tätigkeit aus dem Rat zurück. Der versierte Politiker führte von 2008 bis 2012 die SVP-Kantonsratsfraktion. Er präsidierte im Kantonsrat die KPB sowie die Finanzkommission (FIKO). Zuletzt war er Mitglied der Spezialkommission ZKB.

Ebenfalls zwei Schwergewichte hat der Bezirk Dietikon zu ersetzen. Mit dem Druckereibesitzer Willy Haderer tritt der amtsälteste Politiker ab. Er gehörte dem Rat seit 1991 an. Haderer machte sich vor allem als Gesundheitspolitiker einen Namen, zuletzt war er in der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit tätig. Er stellte sich der Partei immer wieder für Vernehmlassungsantworten, Findungs- und Fachkommissionen zur Verfügung.

Mit Weinbauer Hanspeter Haug tritt ein weiterer Landwirtschaftsvertreter ins zweite Glied zurück. Der Gemeindepräsident von Weiningen gehörte seit seinem Amtsantritt 2003 der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) an.

Der dritte Bauernpolitiker, welcher nicht mehr zur Wahl antritt, ist Hans-Heinrich Heusser aus dem Oberland. Heusser gehörte dem Rat seit 1999 an und war seit 2001 Mitglied der KPB. Er setzte sich dort immer wieder als Leader der SVP-Fraktion durch und vertrat die Meinung der SVP in all den Fragen der Raumplanung.

Aus dem Bezirk Hinwil liegt weiter der Rücktritt von Ruedi Menzi vor. Der selbständige Garagist präsidierte von 2007 bis 2011 die KEVU. In den letzten vier Jahren war er in der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmungen (AWU) tätig. Menzi war seit 2003 im Kantonsrat.

Mit Arnold Suter aus dem Bezirk Horgen verlässt ein finanzpolitisches Schwergewicht den Kantonsrat, dem er ziemlich genau 20 Jahre angehörte. Suter vertrat die SVP in der gewichtigen Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK).

Ein eigentliches politisches Comeback durfte Heinrich Wurmann erleben. Er rutschte 2012 für den ins Obergericht gewählten Beat Stiefel nach. Er war von 1999 bis 2011 schon einmal Mitglied des Kantonsrats. Er präsidierte während vier Jahren die Geschäftsprüfungskommission. Bei den Wahlen 2011 schaffte er die Wahl aber nicht mehr. Wuhrmann gehörte zuletzt der Justizkommission (JUKO) an.

… und zwei Polizisten

Ein weiteres Mitglied der JUKO war Rolf Stucker. Der Leiter des Jugenddienstes der Stadtpolizei Zürich vertrat die Zürcher Stadtpartei seit 2010 im Kantonsrat. Und auch ein zweiter Polizist gab seinen Rücktritt aus dem Kantonsparlament bekannt. Kantonsrat Walter Isliker gehörte dem Rat seit 2007 an. Er war zuletzt Mitglied in der KSSG.

SIE TRETEN NICHT MEHR AN:

Bezirk Affoltern

Jakob Schneebeli

Bezirk Dielsdorf

Hans Frei

Bezirk Dietikon

Willy Haderer

Bezirk Dietikon

Hanspeter Haug

Bezirk Hinwil

Hans-Heinrich Heusser

Bezirk Hinwil

Ruedi Menzi

Bezirk Horgen

Arnold Suter

Bezirk Uster

Heinrich Wuhrmann

Stadt Zürich

Rolf Stucker

Stadt Zürich

Walter Isliker

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

AUFSICHTSBESCHWERDE DER KESB ABGEWIESEN

Die Gemeinde Hagenbuch hat richtig gehandelt

Letzten Dezember hatte die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Winterthur-Andelfingen eine Aufsichtsbeschwerde gegen die Gemeinde Hagenbuch eingereicht. Dabei ging es um den Fall einer Familie aus Eritrea. Die KESB warf der Gemeinde vor, ihre Pflichten nicht gesetzeskonform wahrgenommen zu haben. Der Bezirksrat hat nun entschieden, dass gegen die Gemeindebehörden Hagenbuch und damit auch gegen SVP-Gemeindepräsidentin Therese Schläpfer keine aufsichtsrechtlichen Massnahmen erforderlich seien.

SVP. Die SVP des Kantons Zürich begrüsst diesen Entscheid. Allerdings müsste eine Gemeinde in Zukunft vor solchen juristischen Machenschaften von KESB-Behörden geschützt werden. Mit dem Beschreiten des Rechtsweges der KESB gegen die Gemeinde Hagenbuch – auf Kosten des Steuerzahlers notabene – zeigt diese Behörde auf, wie rechthaberisch, drohend und selbstherrlich sie handelt. Es darf nicht sein, dass eine Gemeinde wochenlang in der Presse am Pranger steht, nur weil sie sich gegen überbordende Sozialkosten und Inkompetenz der KESB zur Wehr setzt. Die Frage stellt sich, ob diese KESB auch mit den Menschen in gleicher Manier verfährt, welche in Not sind. Die SVP wird weiterhin mit allen politischen Mitteln dafür kämpfen, dass die KESB-Behörden zu Lasten der Gemeinden entmachtet werden. Zudem wird die SVP weiterhin dafür sorgen, dass die KESB-Behörden über ihr Tun vollumfänglich Rechenschaft ablegen müssen, was im heutigen rechtlichen Rahmen leider nicht der Fall ist.

DIE SCHULDENUHR TICKT

Das Geld der anderen

Wer bezahlt die massiven Staatsschulden von heute? Warum werden die Schuldenberge weiter angehäuft? Würden die Politiker ebenso mit dem Geld um sich werfen, wenn es ihr eigenes wäre?

Pascal Theiler
Kantonsratskandidat
Präsident JSVP ZH
Schöfflisdorf

Der Schuldenberg des Bundes, der Kantone und Gemeinden ist auf eine Rekordsumme von über 280 Mia. Franken gewachsen. Gemessen an der Bevölkerungszahl heisst dies pro Kopf über 35000 Franken oder für eine vierköpfige Familie über 140000 Franken Staatsschulden, welche getragen werden müssen. Dabei gehen rund 50 Prozent der Schulden zu Lasten des Bundes, 28 Prozent verantworten die Kantone und 22 Prozent die Gemeinden. Weit über seinen Verhältnissen lebt auch der Kanton Zürich mit über 12,3 Milliarden Franken Schulden. Tendenz
steigend.

Seriöse Grundsätze

Dank gezielten Investitionen in den Gemeinden sind unsere Infrastrukturen in einem guten Zustand und die Finanzen mehrheitlich solide aufgestellt. Immer neue Aufgaben und finanzielle Lasten, welche der Kanton den Gemeinden zuträgt, gefährden diesen Zustand jedoch zusehends. So bestimmt der Kanton über die Sozialabgaben, welche in mehreren Gemeinden den Finanzhaushalt bereits mit über 30 Prozent der Gesamtausgaben belasten. Viele dieser unnötigen staatlichen Leistungen, welche den Gemeinden aufgezwungen werden, starten mit kleinen
Ausgaben. Deren wahre und massiv höhere Kosten werden meistens erst im Laufe der Jahre ersichtlich. Verschuldung oder Steuererhöhungen sind die Folgen dieses kurzsichtigen Handelns.

Das neuste Projekt aus der kantonalen Finanz-Wunderküche ist das sogenannte harmonisierte Rechnungsmodell 2 oder kurz HRM 2. Dieses Modell ist Teil des neuen Gemeindegesetzes, welches im Kantonsrat in den letzten Wochen beraten wurde. Darin ist festgeschrieben, dass das Verwaltungsvermögen der Gemeinden neu auf einen «Verkehrswert» hochgeschätzt werden soll und dieses nicht mehr degressiv, sondern linear abgeschrieben werden muss. Sprich das Verwaltungsvermögen soll durch diese Änderung künstlich länger mehr Wert haben. Beide Anpassungen entsprechen in keiner Weise den Grundsätzen einer kaufmännisch geführten Unternehmung. Diese künstliche Aufstockung des Eigenkapitals der Gemeinden gibt der zusätzlichen Neuverschuldung einen massiven Anschub und führt unweigerlich zu Steuererhöhungen.

Paradebeispiel für diesen Irrsinn ist die finanzgeplagte und links-grün regierte Stadt Winterthur. Als diese im letzten Jahr kurz vor der Zahlungsunfähigkeit stand, entschied das Departement Graf in einer Nacht- und-Nebel-Aktion, Winterthur zur Pilotgemeinde für das neue Rechnungsmodell HRM 2 zu ernennen. Mit diesem «Trick» konnte das Verwaltungsvermögen aufgewertet werden und die Stadt kam so auf dem Papier plötzlich wieder zu Eigenkapital. Noch im selben Jahr sah sich die Stadt aber gezwungen, der Bevölkerung eine Steuerfuss-
Erhöhung aufzuzwingen, obschon dieser bei der Gemeindesteuer bereits bei 122 Prozent lag. Seriöse und nachhaltige Finanzpolitik sieht anders aus.

Der Staat, das Vorbild

Schon als Kind wird einem gelehrt, dass nicht mehr ausgegeben werden kann, als eingenommen wird. Bildlich gesprochen, das «Sackgeld» reicht nur für zwei Kaugummis anstelle der gewünschten drei. Für den Staat und die Politik scheint dies aber nicht zu gelten. Fremdes Geld kann mit der grossen Kelle ausgeschüttet werden, denn bezahlen werden es andere. Diese anderen sind wir alle und unsere Nachkommen, welche mit unserem massiven Schuldenberg ihre Zukunft gestalten müssen. Von uns hingegen wird vom Staat erwartet und mit immer neuen Vorschriften und Gesetzen untermauert, dass wir unseren Finanzhaushalt im Griff haben. Dies, obschon der Staat als kaum denkbar schlechtes Beispiel auftritt. Damit werden jegliche Präventions-Massnahmen zur unglaubwürdigen Phrase. Dies mit der Tatsache, dass dem Schweizer Volk im Jahr 2012 mit direkten und indirekten Steuern, Gebühren und Zwangsabgaben über 340 Mrd. abgeschröpft wurden und der Schuldenberg trotzdem weiter angestiegen ist.

Schulden zu Lasten der Jugend

Die Junge SVP des Kantons Zürich hat es sich zur Aufgabe gemacht, auf diese massiven finanziellen Missstände hinzuweisen und dazu die «Aktion Schuldenuhr» (www.schulden-uhr.ch) lanciert. Denn jeder bestehende und zusätzliche Schulden-Franken verursacht neue Kosten, um die Schulden decken zu können. Diese Kosten auf die Jugend von heute abzuschieben, ist kurzsichtig und feige zugleich. Die Politik muss lernen, mit den verfügbaren Mitteln das Nötige umzusetzen, ohne dabei das Volk mit höheren Steuern und weiteren Gebühren zu schröpfen. Die angehäuften Schuldenberge müssen in den kommenden Jahren nachhaltig und beständig abgebaut werden, um die finanzielle Sicherheit unserer Heimat gewährleisten zu können. Politiker sollen sich bei jedem geplanten Franken fragen, ob dieser richtig eingesetzt wird und ob sie zum selben Entschluss kommen würden, wenn es ihr eigenes Geld wäre, welches sie ausgeben wollen.

Als Privatpersonen achten wir darauf, unseren Nachkommen keine Schuldenberge zu hinterlassen, warum soll der Staat nicht nach demselben Grundsatz handeln?

Vorankündigung

Kantonale Delegiertenversammlung
vom Dienstag, 28. April 2015, 20.00 Uhr,
Obfelden, Mehrzweckhalle Zendenfrei

GENERALVERSAMMLUNG DER SVP

Professor Hans-Ueli Vogt im Stammertal

Anlässlich der ordentlichen Generalversammlung der SVP Stammertal konnten sich die zahlreich erschienenen Mitglieder aus erster Hand über die Selbstbestimmungsinitiative informieren.

Kantonsrat Konrad Langhart (li.) bedankt sich bei Kantonsrat Hans-Ueli Vogt für sein überzeugendes Referat zur Selbstbestimmungsinitiative.

SVP Stammertal. Kantonsrat und Ständeratskandidat Professor Hans-Ueli Vogt ist massgeblich an der Lancierung dieses Volksbegehrens beteiligt, das derzeit in der Schweiz heftig diskutiert wird und für das die Unterschriftensammlung angelaufen ist. Er konnte in überzeugenden Worten erklären, warum die Bundesverfassung angepasst werden muss. Schweizer Recht und Volksinitiativen werden zunehmend unterlaufen, ausgehebelt und nicht umgesetzt unter Verweis auf internationales Recht. Gegner der direkten Demokratie in Politik und Gerichtsbarkeit gewichten also die Meinung von einigen Funktionären internationaler Organisationen höher als Mehrheitsentscheide von über 5 Millionen Schweizer Stimmbürgern.

Der Gerichtshof in Luxemburg wird so faktisch zum höchsten Schweizer Gericht und kann Schweizer Volksentscheide kassieren. Das muss mit dieser Initiative verhindert werden. Unsere Bundesverfassung soll die oberste Rechtsquelle der Schweiz sein und Vorrang vor internationalen Bestimmungen haben. Dabei werden selbstverständlich das zwingende Völkerrecht und damit die grundlegenden Menschenrechte nicht angetastet. Letztere sind ja bereits Bestandteil unserer Verfassung. In der regen Diskussion wurden einige aktuelle Beispiele wie Ausschaffungs- und Einwanderungsinitiative besprochen.

Erweiterung der Sektion verlief reibungslos

Sektionspräsident Kantonsrat Konrad Langhart konnte zügig durch die ordentliche Traktandenliste führen. Die vor einem Jahr beschlossene Erweiterung der ehemaligen Sektion Oberstammheim zur SVP Stammertal verlief reibungslos. Es gilt nun vor allem in den Gemeinden Unterstammheim und Waltalingen weitere Mitglieder zu gewinnen, um die einzige Ortspartei im Stammertal noch breiter abzustützen. Die Sektion hat sich im vergangenen Jahr mit Anfragen an Versammlungen von Schule und Gemeinden aktiv an der politischen Diskussion beteiligt. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, das künftig noch zu intensivieren. So will sie beispielsweise die Gespräche über eine allfällige Gemeindefusion aktiv begleiten.

An politischen und gesellschaftlichen Parteianlässen konnte die Sektion auch Nationalrat Gregor Rutz und Regierungsrat Markus Kägi im Stammertal begrüssen. Zudem wurden alle Vorstandsmitglieder und Revisoren für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt.

STRASSENAKTION

SVP-Frauenpower in Wallisellen

Am Mittwochabend, 1. April, trafen sich SVP-Kantonsrätinnen und solche, die es gerne werden möchten, um den Bahnhof Wallisellen und verteilten ihre Flyer und Regierungsrats-Tirggel. Es gab Passanten, die sich wunderten, dass die Kantonsrätinnen und Kandidatinnen höchstpersönlich dem kalten Biswind trotzten und auf der Strasse standen – das ist halt «SVP bi de Lüüt». Die fünf Frauen freuten sich über die unterstützende Geste von Thomas Eckereder, Präsident der Sektion Wallisellen: Er brachte den überraschten Frauen ein paar Frühlingsblumen vorbei. «Weil ich länger arbeiten musste, kann ich euch leider nicht bei der Strassenaktion unterstützen.»

Margreth Rinderknecht, Kantonsrätin, Wallisellen

Barbara Grüter, Tina Kaspar, Margreth Rinderknecht, Ursula Moor, Romaine Rogenmoser trotzten dem kalten Wind (von links).

SVP FEHRALTORF

Pferderennen in Fehraltorf

Am Ostermontag sponserten diverse SVP-Parlamentarier aus National- und Kantonsrat sowie andere Mandatsträger das alljährliche, traditionelle SVP-Oster-Rennen auf der Pferderennbahn in Fehraltorf. Gewonnen wurde dieses Rennen durch das von Raphael Lingg gerittene Pferd Peruvian Angel. Raphael Lingg konnte drei Tagessiege verzeichnen.

Der Organisator, Nationalrat Max Binder, liess es sich nicht nehmen, dem stolzen Pferd und Sieger persönlich zu gratulieren. Im Hintergrund verschiedene SVP-Mandatsträger, unter anderem die Nationalräte Jürg Stahl und Ernst Schibli.

SVP BEZIRK PFÄFFIKON

Mathias Ottiger als Bezirksrichter-Kandidat nominiert

An der Delegiertenversammlung der SVP des Bezirks Pfäffikon vom 27. März 2015 wurde in Russikon ein Kandidat für den per Ende 2015 zurücktretenden Bezirksrichter Paul Schmid (SVP) nominiert.

SVP Bezirk Pfäffikon. Die Delegierten nominierten einstimmig Mathias Ottiger (SVP) aus Effretikon. Mit Mathias Ottiger konnte für das anspruchsvolle Amt ein junger und für das Amt bestens geeigneter Kandidat mit Lebens- und Führungserfahrung gewonnen werden. Der 35-jährige Ottiger ist verheiratet und Vater von zwei Kindern. Als Dipl. Informatik-Ing. ETH ist er bei der SIX Group in Zürich als Teamleiter Applikationsentwicklung tätig. Er besitzt als ehemaliger Gemeinderat Parlamentserfahrung und ist seit 2014 Stadtrat von Illnau-Effretikon, zuständig für das Ressort Gesundheit.

Mathias Ottiger

WAHLAPÉRO MIT TONI BORTOLUZZI

Handwerker wie Urs Waser braucht es im Zürcher Kantonsparlament

Jung und Alt folgten am 24. März 2015 der Einladung zum Wahlapéro von Kantonsratskandidat Urs Waser.

Nationalrat Toni Bortoluzzi und Kantonsratskandidat Urs Waser.

In den Räumlichkeiten der Waser Zimmerei AG in Wädenswil herrschte eine ausgelassen gute Stimmung unter den rund 50 Interessierten.

Urs Waser, der junge Handwerker und aufsteigende Politiker aus der Region, begrüsste die Anwesenden und referierte über seine Wahlkampfthemen Sihlwald und die Schliessung der Waldwege. Später erläuterte der SVP-Politiker Toni Bortoluzzi die Wichtigkeit von Handwerkern in der Politik. «Die gute Mischung mache es aus», meinte er und erwähnte seinen Werdegang vom Schreiner zum Politiker. Einig sind sich Urs Waser und Toni Bortoluzzi, dass Handwerker bereits während der Lehrzeit Wertschätzungen begegnen. Früh lernten beide, wie viele Stunden für eine Arbeit investiert werden darf, damit das Preisleistungsverhältnis für den Kunden stimmt.

Gut bürgerlich wurde der Hunger mit Kalbsbratwürsten und Cervelats, natürlich aus der Region, gestillt und Peter Merel rundete den Abend mit seiner musikalischen Begleitung ab. Alles in allem ein gelungener «Politanlass» – genau richtig.

Sandra Hotz, Unterstützungskomitee Urs Waser in den Kantonsrat

SVP ANDELFINGEN

Neue Wege in der Mitgliederwerbung

Für einmal nicht über das direkte Gespräch, den persönlichen Kontakt, sondern über das Plakat begibt sich die SVP-Ortspartei Andelfingen auf Mitgliederwerbung. Aufhänger ist der Parteibeitritt von Roger Köppel, der landesweit für Aufmerksamkeit sorgte.

SVP Andelfingen. Zusammen mit der GOAL AG für Werbung und PR entwickelte die SVP Andelfingen das auffällige Plakat, das während 4 Wochen am Bahnhof Andeflingen aushängt. Auffallend ist neben dem Eyecatcher «Roger Köppel» auch die sympathische direkte Ansprache der Andelfinger Bevölkerung, die nebst verschiedenen Bewohnerinnen und Bewohnern aus den umliegenden Gemeinden den Bahnhof Andelfingen frequentiert.

Mittels eines QR-Codes (Quick-Response / Schnelle Antwort) können sich Interessierte direkt mit ihrem Mobiltelefon auf die Website der SVP-Andelfingen begeben, um dort entweder sogleich Mitglied zu werden oder sich über die Politik der SVP zu informieren. Die SVP Andelfingen bewirbt damit gleichzeitig ihren neuen und attraktiven Online-Auftritt, über den sie seit einigen Wochen als eine der wenigen Ortsparteien verfügt.

Der vierwöchige Plakataushang erstreckt sich über die Kalenderwochen 14, 19 und 20 sowie 23, womit ein Zeitraum von Ende März bis anfangs Juni abgedeckt wird. Aufgrund der Analyse der Zugriffsraten und effektiven Beitritte entscheidet die Ortsgruppe, ob die Aktion weitergeführt wird. Bereits nach der ersten Aushangswoche kann jedoch festgestellt werden, dass die Website der SVP Andelfingen deutlich mehr aufgerufen wird.

So wird in Andelfingen um neue Mitglieder geworben.

ABSTIMMUNG VOM 14. JUNI 2015

NEIN zur Erbschaftssteuer-Initiative

Die Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)» will eine Erbschafts- und Schenkungssteuer auf Bundesebene einführen. Die Vorlage kommt am 14. Juni 2015 zur Abstimmung.

NEIN zur schädlichen KMU-Steuer

Die Initiative will Erbschaften über zwei Millionen Franken mit 20 Prozent besteuern und erschwert damit Nachfolgeregelungen bei Familienunternehmen.

Die Erbschaftssteuer entzieht KMU beim Übergang auf die nächste Generation Geld oder blockiert wesentliche Mittel. Damit fehlen diese für Investitionen und die Schaffung oder den Erhalt von Arbeitsplätzen. Die neue Bundessteuer führt bei vielen KMU zu einer erheblichen finanziellen Mehrbelastung. Und das in einer Zeit, in der der starke Franken viele Unternehmen ohnehin schon vor grosse Herausforderungen stellt. Die Initiative macht es den KMU noch schwerer.

NEIN zur familienfeindlichen Steuer

In den meisten Kantonen wurde die Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen abgeschafft.

Jetzt soll sie durch Zwängerei wieder eingeführt werden. Erbschaften an die eigenen Kinder werden dann gleich besteuert, wie jene an entfernte Verwandte oder Fremde. Das ist ungerecht und widerspricht dem Verfassungsziel der Familienförderung.

Das vererbte Geld wurde zudem bereits zu Lebzeiten als Einkommen und jedes Jahr als Vermögen versteuert. Mit welcher Rechtfertigung der Staat im Todesfall ein drittes Mal zugreifen soll, ist fraglich.

NEIN zur Entmündigung der Kantone

Die Einführung einer Erbschaftssteuer auf Bundesebene gegen den Willen der Kantone ist ein Angriff auf den bewährten Föderalismus. Heute kennen die meisten Kantone Erbschaftssteuern und haben die Spielregeln demokratisch festgelegt. Durch die Zentralisierung verlieren die Kantone ihre Steuerhoheit und damit Handlungsfreiheit; sie dürften keine eigenen Erbschaftssteuern mehr erheben. Es ist aber höchst ungewiss, ob die Kantone mit der neuen Bundessteuer auch nur annähernd so viel Geld wie bisher erhalten würden.

Äusserst problematisch ist die Rückwirkung auf Schenkungen auf 2012 und der Umgang mit diesen. Sie schadet nicht nur der Rechtssicherheit, sondern führt zu einer riesigen Bürokratie bei Privaten, Unternehmen und insbesondere beim Staat selbst.

Das will die Erbschaftssteuer-Initiative

Erbschaften über zwei Millionen Franken und Schenkungen von mehr als 20000 Franken pro Jahr und beschenkter Person sollen auf Bundesebene mit einem einheitlichen Satz von 20 Prozent besteuert werden. Ehepartner und Hilfswerke sind, im Gegensatz zu direkten Nachkommen, von der Steuer ausgenommen. Für Unternehmen und Landwirtschaftsbetriebe sollen nicht definierte Erleichterungen gelten, sofern sie mindestens zehn Jahre weitergeführt werden. Schenkungen von über 20000 Franken pro Person und Jahr sollen nach Annahme der Initiative rückwirkend auf den 1. Januar 2012 dem Nachlass hinzugerechnet werden. Die Einnahmen sollen zu einem Drittel an die Kantone und zu zwei Dritteln an die AHV fliessen.

ACHTUNG NEUE STEUERFALLE!

Nein zur neuen Billag-Mediensteuer

Auf die Schweizer Bevölkerung und unsere Wirtschaft kommen schwierige Zeiten zu: Durch die Aufhebung des Euro-Mindestkurses sind Tausende von Arbeits- und Ausbildungsplätzen gefährdet. Sicherheit und Wohlstand sind bedroht. In diesen Zeiten darf der Staat die Bürgerinnen und Bürger, das Gewerbe und die Wirtschaft nicht noch mehr finanziell belasten. Doch genau das macht die neue Billag-Mediensteuer. Sie ist eine Steuerfalle, die mit der süssen Versprechung einer kleinen Gebührensenkung zu immensen Mehrbelastungen für alle führt.

SGV. Aus diesem Grund hat der Schweizerische Gewerbeverband sgv das Referendum gegen die neue Billag-Mediensteuer (Änderung vom 26.9.2014 des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen/RTVG) ergriffen. Mit über 100000 Unterschriften ist das Referendum zustande gekommen.

Am 14. Juni 2015 stimmt die Schweizer Bevölkerung über die neue Billag-Mediensteuer ab. Mit einem klaren NEIN zur neuen Mediensteuer sorgen wir dafür, dass Bevölkerung, Gewerbe und Unternehmen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht noch mehr belastet werden. Wir müssen uns nicht widerstandslos immer mehr Steuern und Abgaben aufbürden lassen. Wehren lohnt sich!

Nein zur Abzockerei mit immer neuen Steuern

Mit dem neuen RTVG will der Staat für alle Haushalte und Firmen eine neue Billag-Mediensteuer einführen. Egal, ob jemand Empfangsgeräte hat, egal ob er Radio und TV konsumiert, ja selbst egal, ob er überhaupt in der Lage ist, die Programme zu hören oder zu sehen. Alle müssen die neue Zwangssteuer zahlen. Das ist ungerecht und unfair. Schweizweit zieht der Staat ein weiteres Mal mit einer neuen Steuer Privaten und Unternehmen Geld aus der Tasche. Es gibt keine Chance mehr, sich von dieser neuen Billag-Mediensteuer befreien zu lassen. Alle werden abgezockt. Es geht aber nicht an, dass immer neue Abgaben, Gebühren und Steuern erfunden und eingetrieben werden.

Nein zur neuen Billag-Mediensteuer

Mit der Billag-Mediensteuer lassen sich Bundesrat und SRG einen Freipass geben. Völlig intransparent und ohne, dass das Volk etwas zu sagen hat, könnte die Steuer unbeschränkt erhöht werden. Mit dem Köder, die Steuer würde kurzfristig sinken, locken sie das Volk in die Steuerfalle. Schnappt diese zu, steigt die Steuer schnell an.

Nein zu einer Mediensteuer von 1000 Franken

Seit 1990 ist die Billag-Abgabe von Fr. 279 um 65 Prozent auf Fr. 462 gestiegen. Alleine mit dieser Entwicklung zahlen wir in einigen Jahren 700–800 Franken Billag-Mediensteuer pro Haushalt und Jahr. Zusätzlich will das Staatsfernsehen massiv ins Web investieren und teure Eigenproduktionen forcieren. Damit sind 1000 Franken Mediensteuer pro Haushalt und Jahr in den nächsten Jahren vorprogrammiert. Eine effiziente, landesweit qualitativ gute Grundversorgung mit Radio- und Fernsehprogrammen ist unbestritten. Diese darf aber nicht immer mehr kosten. Noch mehr Billag-Mediensteuer liegt einfach nicht drin.

Nein zur absurden Doppelbesteuerung

Unternehmerinnen und Unternehmer auch von kleinen Firmen ab einem Umsatz von 500000 Franken zahlen für dieselbe aufgezwungene Leistung gleich doppelt, privat und im Betrieb. Wegen dem starken Franken kämpfen viele KMU um ihre Existenz. Statt sie zu entlasten, werden sie mit der absurden Billag-Mediensteuer zur Kasse gebeten. Diese belastet unsere Wirtschaft jährlich mit rund 200 Millionen Franken. Das ist fünf Mal mehr als heute. Und das, obwohl ein Unternehmen gar nicht Radio hören oder Fernsehen schauen kann.

Das will die Vorlage
Kernwortlaut: Privathaushalte

Art. 69a Abs. 1: Für jeden Privathaushalt ist eine Abgabe in gleicher Höhe zu entrichten Unternehmensabgabe

Art. 70 RTVG Abgabepflicht der Unternehmen: Abgabepflichtig ist ein Unternehmen, wenn es den vom Bundesrat festgelegten Mindestumsatz in der im vorangegangenen Kalenderjahr abgeschlossenen Steuerperiode … erreicht hat.

Als Unternehmen gilt, wer bei der ESTV im Register der mehrwertsteuerpflichtigen Personen eingetragen ist.

AUF DER SUCHE NACH FEHLENDEN STEUERMILLIARDEN

Dunkelheit und Dämmerung

Der Bundesrat musste vor wenigen Wochen zur Kenntnis nehmen, dass seine Einnahmen aus der Bundessteuer abgenommen haben. Parallel dazu sind die Ausgaben des Bundes weiter gestiegen, insbesondere im Bereich Gesundheit und Sozialwesen überborden die Kosten.

Stefan Schmid
Kantonsratskandidat
Niederglatt

Die eidgenössische Steuerverwaltung hat im vergangenen Jahr rund 10 Prozent weniger Bundessteuern eingenommen. In absoluten Zahlen beträgt der Rückgang 2,1 Milliarden Franken. Als dies im Februar bekannt wurde, versprach Finanzministerin Widmer-Schlumpf voreilig, bald über die Gründe zu informieren.

Finanzministerin tappt im Dunkeln

Doch der am 25. März veröffentlichte Bericht machte keinerlei Angaben über die Ursachen des Debakels. Die Finanzministerin hat sich im vergangenen Jahr gehörig verkalkuliert, falsche Annahmen getroffen und tappt jetzt im Dunkeln. Eine unangenehme Situation. Umso mehr, da auch das Budget 2015 vermutlich auf denselben falschen Annahmen basiert. Solche Situationen verlangen berechtigterweise nach Antworten.

Die Finanzministerin hat nun auf ein Patentrezept zurückgegriffen. Ein Patentrezept, welches man aus der Schublade zieht, wenn die ehrliche Antwort schmerzt. Das Patentrezept heisst: «Gras über die Sache wachsen lassen». Frau Widmer-Schlumpf hat nämlich eine wissenschaftliche Studie in Auftrag gegeben. Eine Studie, welche die Gründe für die Steuerausfälle analysieren und in drei Jahren Antworten liefern soll. Antworten, welche dann niemanden mehr interessieren werden.

Situation ist kein Zufall

Bei der Budgetierung orientiert sich der Bund an Vergleichswerten aus der Vergangenheit. Dabei wurde jedoch ausser Acht gelassen, dass die Zeiten von regelmässig steigenden Steuereinnahmen endgültig vorbei sind. Stiegen beispielsweise Teile der Bundessteuern zwischen 1990 und 2009 um das Vierfache, stagnierten diese Einnahmen über die letzten sechs Jahre.

Die Herausforderung, mit welcher sich Bundesbern nun konfrontiert sieht, spüren die Kommunen schon länger. Manch eine Gemeinde hat die letzten sechs Jahre ein starkes Bevölkerungswachstum verzeichnet, jedoch eine Stagnation bei den Steuererträgen erlebt. Dass dieser Trend seit 2009 existiert, ist kein Zufall, sondern vielmehr das Resultat des freien Personenverkehrs.

Es ist offensichtlich, dass sich die Lohnstrukturen mit dem freien Personenverkehr fundamental verändert haben. Dass nur top ausgebildete Fachkräfte aus Europa in die Schweiz gelangen, ist ein Märchen. Neben diesen Fachkräften hat das europaweite Menschenmeer den Schweizer Arbeitsmarkt in allen Branchen mit massenweise Billigarbeitern überschwemmt.

Mittelstand ist stark betroffen

Dass der Druck auf dem Arbeitsmarkt seit der Personenfreizügigkeit massiv zugenommen hat, können die meisten bestätigen. Auf Stellenbörsen kann dies in einer speziellen Form festgestellt werden. So sind beispielsweise auffällig viele Praktikumsstellen zu vergeben. Diverse Firmen suchen ihr «Schnäppli» unter Zuwanderungswilligen. Denn irgendwo lässt sich in Europa immer jemand finden, welcher in die Schweiz übersiedeln will und im Gegenzug auf einen anständigen Lohn verzichtet.

Diesem massiven Druck ist insbesondere der gut gebildete Mittelstand ausgesetzt. Dies beweist der Umstand, dass jeder vierte Stellensuchende im Kanton Zürich über eine höhere tertiäre Ausbildung verfügt. Kommen die Löhne des Mittelstandes unter Druck, hat dies auch massive Auswirkungen auf die Steuererträge des Staates. Wird beispielsweise das Salär eines gut situierten Familienvaters um 5 Prozent gedrückt, brechen dem Staat 15 Prozent des Steuerertrags weg.

Schweizer Jobwunder entlarvt

Die Zuwanderung hat nicht nur Druck auf die Löhne ausgeübt, sondern provoziert auch den Ausbau der öffentlichen Infrastrukturen und Institutionen. Wer das vermeintliche «Jobwunder» in der Schweiz analysiert, stellt fest, dass seitens der Wirtschaft deutlich weniger Stellen geschaffen werden konnten, als Personen in die Schweiz zugewandert sind.

Rund die Hälfte der Zuwanderer fand in staatlichen oder staatsnahen Betrieben Unterschlupf. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit sind innert 6 Jahren im Gesundheits- und Sozialwesen 100000 Stellen entstanden. Im Bereich der Bildung sind es weitere 40000 Stellen. Die öffentliche Verwaltung ist ebenfalls um 40000 Stellen gewachsen. War vor knapp 20 Jahren jede fünfte Person beim Staat beschäftigt, so ist es heute jede vierte. Es ist offensichtlich, dass diese Entwicklung längerfristig nicht tragbar ist.

Weder der einzelne Bürger, noch Kommunen, Kantone oder der Bund ziehen also einen Nutzen aus der Personenfreizügigkeit. Es zeigt sich allzu deutlich, dass uns ein rein quantitatives Wachstum schadet. Der Wohlstand bröckelt und gleicht sich dem europäischen Mittelmass an. Ein Mittelmass, welches weit weg vom Erstrebenswerten liegt.

Dem Volk hat es gedämmert

Die Schweiz ist bis vor der Einführung der Personenfreizügigkeit immer erfolgreich gewachsen. Die prozentuale Wirtschaftsleistung stieg gar stärker als dies heute der Fall ist. Das qualitative Wachstum von damals war geprägt von Innovation und Fortschritt. Das quantitative Wachstum, welches wir heute erleben, ist ideenlos und bequem, es macht träge und krank.

Dem Volk hat es seit längerem gedämmert. Vor einem Jahr hat es an der Abstimmung gegen die Masseneinwanderung einen wegweisenden Entscheid getroffen. Derweil das Volk auf die Umsetzung der Initiative wartet und zurück zu wirklichem Erfolg will, tappt die Finanzministerin weiterhin im Dunkeln und sucht verzweifelt nach den fehlenden Steuermilliarden.

Fadegrad

von
Nina Fehr Düsel

Einschreiten anstatt wegschauen

Vor wenigen Wochen hat man in unzähligen Medien gelesen, wie sich die Vorfälle von Machokultur an Schweizer Schulhäusern häufen. Jugendliche, vorwiegend mit Migrationshintergrund, schikanieren junge Frauen auf dem Pausenplatz und greifen diese sogar an. Berichtet wurde von etlichen Vorfällen, z.B. von rassistischen Äusserungen und tätlichen Übergriffen von Jugendlichen aus dem Balkan gegen Schweizer Meitli in der Klasse. Viele Lehrpersonen haben offenbar gar Angst und schauen weg, anstatt diese Vorfälle zu unterbinden.

Wie verschiedene Oberstufenlehrer in der Ostschweiz aussagten, würden diese Balkan-Machos von Schweizer Jungen oft sogar noch imitiert. Diese benutzen dasselbe Vokabular, machen wegen des Gruppendrucks mit oder aus Angst, als schwul verlacht zu werden.

Auch wenn viele es nicht gerne hören oder wegdiskutieren wollen, es handelt sich hier um ein Migrationsproblem. Junge Männer aus bildungsfernen Schichten, vor allem aus Familien vom Balkan, erleben zuhause ein äusserst konservatives Rollenmuster, welches sie in die Schule mitbringen, wie diverse Schulen bestätigten.

Es ist somit oft kein Wunder, dass diese Buben entweder Mädchen sexuell verunglimpfen, oder andere, anständige Buben, die ihnen nicht passten, als schwul bezeichneten.

Ein Schulleiter sagt gar aus: Daheim würden Kinder aus gewissen Kulturen lernen, dass die Mutter nichts wert sei; was sich danach in der Schule im Umgang mit den Mädchen niederschlage.

Mädchen, die in der Schule gedemütigt, bedroht und schikaniert werden, können sich nur selbst wehren; das Gesetz hilft ihnen dabei kaum. Laut Strafrechtler Martin Killias ist eine Anzeige wegen Drohung oder Tätlichkeit nicht lohnenswert, weil ohnehin nichts passiert.

Umso mehr müssen wir hier handeln. Es kann nicht sein, dass bei solch drastischen Vorfällen weggeschaut wird. Dass sich Buben in der Schweiz so verhalten, geht nicht. Stellen Sie sich vor, eine Person der SVP würde eine solche Aussage gegenüber einem Kind mit Migrationshintergrund machen!

Wenigstens wir sprechen Klartext: Verschiedene Vorstösse innerhalb der SVP wollen diesem Gehabe nun einen klaren Riegel vorschieben. Auch Frau Garibovic, welche mit problematischen Jugendlichen arbeitet, gibt diesen Jungen jeweils klar den Tarif bekannt. Das ist mehr denn je wichtig. Solches Verhalten gilt es sofort zu stoppen und – wenn dies seitens Eltern nicht passiert – muss es in Form von Nacherziehung durch Lehrpersonen und andere Betreuer unterbunden und bestraft werden. Wir handeln, anstatt wegzusehen!

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Fehlende Behutsamkeit beim Umgang mit finanziellen Mitteln

Der Gemeinderat befasste sich mit der Weisung über den Projektierungskredit einer Verbindungsleitung zwischen den Fernwärmegebieten Zürich-Nord und Zürich-West, für fast 8,4 Mio. Franken.

Katharina Widmer
Gemeinderätin SVP
Zürich 1/2

Der einstimmige Kommissions-Antrag ist sicher nicht zuletzt zustande gekommen, weil **Heinz Schatt** (SVP), als umsichtiger und erfolgreicher Kommissionspräsident (Tiefbau- und Entsorgungs-Departement), die Weichen richtig gestellt hat.

Er sagte, dass dies ein grosses Werk sei. Der Betrieb des Kehrichtheizkraftwerks Josefstrasse ist bis 2020 befristet. Nach dieser Zeit muss für das Fernwärmegebiet, das heute mit der Abwärme des Kehrichtheizkraftwerks Josefstrasse versorgt wird, eine Ersatzlösung zur Verfügung stehen. Eine sorgfältige Prüfung und Bewertung aller möglichen Optionen hat gezeigt, dass ein Zusammenschluss der beiden Fernwärmegebiete Zürich-Nord und Zürich-West am meisten Vorteile bietet. Das so neu entstehende Gesamtnetz ermöglicht eine optimale Nutzung der CO_2-neutralen Wärme des Kehrichtheizraftwerks Hagenholz und des Holzheizkraftwerks Aubrugg. Auch neue Wärmequellen, zum Beispiel lokale Abwärme oder Geothermie, können dezentral in das neue Verbundnetz integriert werden. Der Bau der Verbindungsleitung eröffnet zudem die Möglichkeit, neue Fernwärmegebiete wirtschaftlich zu erschliessen.

Heinz Schatt gab aber auch seine Bedenken betreffend Risiko der Kostensicherheit bekannt. Aber Stadtrat Leutenegger beruhigte ihn, dass dies erste Priorität hätte und dass er ein externes Kostencontrolling einschalten werde. Der Projektierungskredit wurde einstimmig genehmigt.

Die Finanzierung des Baus der Verbindungsleitung und die Erweiterung sind mit betrieblichen Mitteln der Fernwärme gedeckt, Steuermittel werden dafür nicht beansprucht.

SVP gegen Objektkredit für Energiespeicher

Danach befasste sich der Rat mit dem Objektkredit von 9,6 Mio. Franken für die Installation eines Energiespeichers auf dem Areal Hagenholz für die Noteinspeisung ins Fernwärmenetz und die Spitzenlastabdeckung im Winter. **Heinz Schatt**, in dessen Kommission auch diese Weisung bearbeitet wurde, lehnte im Namen der SVP den Kredit ab. Zwar anerkennt er die beiden Ziele 1. Versorgungssicherheit und 2. energetischer Nutzen durch Ersatz von fossiler Energie, als richtig, aber die Wirtschaftlichkeitsberechnung überzeugt indessen nicht. Deshalb stimmte die SVP, aufgrund der angespannten Finanzlage der Stadt Zürich, diesem Objektkredit nicht zu.

Einmal mehr stand die SVP, die einzige Partei, wie es scheint, die behutsam mit finanziellen Mitteln umzugehen weiss, allein im Rat gegen den Rest.

Kostenlose Deutschkurse für alle

Als Nächstes war auf der Traktandenliste ein Postulat, welches den Stadtrat auffordert zu prüfen, wie allen Fremdsprachigen, die Deutsch lernen wollen, aber auf Nothilfe, Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen angewiesen sind oder mit ihrem Einkommen am Existenzminimum leben, kostenlose Deutschkurse angeboten werden können. Viele Bewohnerinnen von Zürich, meist Migrantinnen, möchten Deutsch lernen, um sich verständigen zu können. **Martin Götzl** (SVP) stellte den gut begründeten Ablehnungsantrag. Es gebe bereits von der Caritas fast gratis Deutschkurse und auch private Anbieter erlassen armutsbetroffenen Menschen bis zu 50 Prozent der Kursgebühren. Wer wirklich gewillt ist, Deutsch zu lernen, findet einen Weg. Auch der Stadtrat lehnte das Begehren ab, mit dem Hinweis, dass er bereits sehr gute und günstige Angebote offeriere. Er kalkuliert, dass Gratiskurse zusätzlich 1 Mio. Franken pro Jahr kosten.

Trotzdem stimmten die «vereinigten Gutmenschen» (Worte von Roger Liebi) mit 62 zu 60 Stimmen für dieses Begehren.

Wahlfeier
der SVP Zürich 11/12

Sonntag, 12. April 2015, ab 17.00 bis 22.30 Uhr

Restaurant «Vesuvio»
Glatttalstrasse 40, 8052 Zürich, Tel. 044 301 13 30

Gemeinsame «Verfolgung» der erzielten Wahlresultate
Jeder zahlt seine Zeche selbst.

Wer ist anwesend?

- **Alle Kandidatinnen und Kandidaten des Wahlkreises VI der Stadt Zürich auf der Liste 1**
- **Alle, die die Wahlresultate gemeinsam mit den Mitgliedern der Kreisparteien Zürich 11 und 12 erleben möchten und alle Sympathisanten der SVP**
- **Bei interessanten Gesprächen erleben wir die Wahlresultate**

Mit dem ÖV, Bus Nr. 75 (Haltestelle Ausserdorfstrasse), erreichbar. Parkplätze in der näheren Umgebung.

Meine WAK-Mitglieder und ich freuen uns auf euer Erscheinen im Restaurant «Vesuvio».

Walter Isliker, WAK-Präsident

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Wie sich Forscher auf Kosten der Steuerzahler selbst verwirklichen

Am 18. März 2015 hat der Gemeinderat von Zürich die Weisung zum «Verein Marie Meierhofer-Institut für das Kind» behandelt. Diese ist, trotzt Gegenstimmen der SVP und FDP, dem Stadtrat überwiesen worden. Dabei ist es um jährliche Beiträge in der Höhe von CHF 94 200.– für den Zeitraum 2015–2018 gegangen.

Roberto Bertozzi
Gemeinderat SVP
Zürich 11

Für die Stadt Zürich und speziell im Zusammenhang mit der genannten Weisung, erbringt das Marie-Meierhofer-Institut Leistungen im Bereich Beratung, Supervision und Coaching. Zudem führt das Institut Forschungsprojekte im pädagogischen Bereich durch.

Was im Speziellen die Forschung und ihre methodische Grundlage betrifft, die aus den Sozialwissenschaften stammt, möchte ich Folgendes bemerken: Es ist nicht möglich, aufgrund von gruppenstatistischen Erhebungen, die aus Umfragen bzw. Fragebogen stammen, qualitative Aussagen zu einem Kind zu machen, was allgemein bekannt sein dürfte. Es ist schon gar nicht möglich, die individuellen Talente und Begabungen eines Kindes aufgrund solcher Forschungen zu fördern. Deshalb ist es mehr als legitim, sich zu fragen, was eine solche Forschung bringen soll, wenn sich daraus keine Rückschlüsse für den Einzelfall ziehen lassen. Diese Art Forschung dient dann womöglich der Selbstverwirklichung der Forscher, aber nicht der persönlichen Entwicklung der Kinder.

Forschungs- und Bildungskredite für die Sozialwissenschaften kürzen!

So lehnen die Sozialwissenschaften bekanntlich Menschenkenntnis ab, obwohl sie, im Gegensatz zu ihrer Diagnostik, die auf gruppenstatistischen Erhebungen basiert, eine direkte Förderung der Talente und Begabungen eines Kindes ermöglicht. Die universitäre Psychologie zum Beispiel verhält sich der Menschenkenntnis gegenüber so, wie wenn ein paar Analphabeten (universitäre Psychologen in Sachen Menschenkenntnis) eine Fakultät der Sprachen gründen würden. Weil diese «Gelehrten» selbst nur schlecht lesen und schreiben können, gelangen sie zur Überzeugung, dass die Beherrschung der Sprache bruchstückhaft möglich ist, aber eben nicht mehr. Sprache kann also nach der Auffassung dieser «Gelehrten» weder systematisch erlernt noch gelehrt werden (analog der Menschenkenntnis in der universitären Psychologie). Die Schriftsteller, Meister der Sprache, sind ihrer Meinung nach vorwissenschaftliche Träumer, weil sie das Gegenteil behaupten. Betrachtet man nun aber, dass der heutige Stand der universitären Psychologie in Bezug auf Menschenkenntnis einen über 100-jährigen Wissensrückstand aufweist, so muss davon ausgegangen werden, dass an den Hochschulen statt Wissenschaft Ideologie betrieben wird. Folglich wäre eine Kürzung der Forschungs- und Bildungskredite für das Fach Psychologie und für die übrigen Sozialwissenschaften wohl angebracht! Auch die Einführung eines Numerus clausus geht in die richtige Richtung.

Was würde wohl Goethe, der Meister der Dichtkunst, zum oben geschilderten Sachverhalt und zur Haltung der universitären Psychologie und der übrigen Sozialwissenschaften meinen? Diese behaupten ja, dass Menschenkenntnis nicht wissenschaftlich ist und folglich auf deren Grundlage keine Rückschlüsse auf die Persönlichkeit eines Menschen möglich sind. Für diese falsche Behauptung ist uns die universitäre Psychologie bis heute einen wissenschaftlichen Beweis schuldig geblieben. Stattdessen macht sie sich lieber über Franz Joseph Gall (1758–1828), Arzt und Anatom sowie Begründer der Neuroanatomie und -physiologie, lustig, indem sie sich in unsachlicher Weise über seine wissenschaftlichen Leistungen im Zusammenhang mit der Phrenologie äussert. Erwähnen möchte ich hier lediglich, dass Gall alleine auf diesem Gebiet mehr Wissenschaftliches geleistet hat als die ganze universitäre Psychologie bis heute zusammengenommen. Aber eben, was bemerkte schon Gustave Le Bon in seinem Buch über die Massenpsychologie? Dass 40 Akademiker in fachfremden Fragen genau so schlau sind wie 40 Wasserträger.

LESERBRIEF

Sind Stimmbürger käuflich?

Seit Jahren werden Blocher-Gegner nicht müde, dessen angeblich grossen Mitteleinsatz zugunsten der SVP und ihrer politischen Ziele zu kritisieren. Gekaufte Politik tönt es da allenthalben, als wären die Stimmbürger käuflich. Natürlich braucht es Mittel, um politische Botschaften unters Volk zu bringen. Das praktiziert nun auch der Parteipräsident der FDP Schweiz und angeblich soll das Geld für seine ganzseitigen Inserate aus der Hinterlassenschaft von alt-FDP-Bundesrat Rudolf Friedrich stammen. Und seit letzten Sonntag wissen wir auch um das neugegründete Kampagne-Vehikel «Vorteil Schweiz», das mit einer Anschubfinanzierung von 7 Millionen für einen europa-freundlichen Kurs der Schweiz werben soll. Faktenwidrig wird dabei wieder einmal die EU mit dem Kontinent Europa gleichgesetzt. Die immer zentralistischer aus Brüssel regierte EU besteht aus 28 Mitgliedstaaten, Europa hingegen aus 48 Ländern, darunter auch EU-kritischen Ländern wie Norwegen, die Türkei, Russland oder eben die Schweiz. Das Geld für «Vorteil Schweiz» stammt grossenteils aus den Schatullen von zwei Berner Milliardären. Ich bin gespannt, ob diese beiden Sponsoren und das von ihnen finanzierte Polit-Milieu, das sich von linksaussen bis hin zu den Mitteparteien erstreckt, nun auch unter analoges Medienfeuer wie gegen Blocher fallen wird. So oder so, ich nehme den Wirbel rund um das Politsponsoring ohnehin mit Gelassenheit zur Kenntnis. Weder Stimmbürger noch Wähler sind käuflich. Sie können sich ihre Pro-und-Contra-Meinung vor jedem Urnengang detailliert aus einer Vielfalt an Medien machen. Den grössten Einfluss auf diese Meinungsbildung haben ohnehin die SRG-Sender und diese ticken, wie wir alle wissen, ja alles andere als im Gleichklang mit Blocher …

Maximilian Reimann,
Nationalrat, Gipf-Oberfrick

Kantonsratswahlen vom 12. April 2015
Engagiert, erfahren

Karl Bertschinger
Kantonsratskandidat
SVP Bezirk Uster

Stabilität und Sicherheit

2x auf Liste 1

Forstpflanzen jeder Art, erstklassige Qualität aus ausgewählten Beständen

Wildgehölze für stufige Waldränder, Garten-, Bach- und Strassenbegleitbepflanzungen

Jungpflanzen
für Weihnachtsbäume

Wildverbiss- und Fegeschutz für Nadel- und Laubholz, Akazienpfähle zur Befestigung

Fordern Sie unsere Preisliste an!

Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2
8572 Berg TG
Tel. 071 636 11 90
Fax 071 636 10 29
www.kressibucher.ch

Achtung!

Zahle
Höchstpreise
für
alle **Autos.**

Komme
bei Ihnen vorbei.

Tel. 044 822 26 11

KLEININSERATE

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

Kaufe Autos, Busse, Lieferwagen etc. Gute Barzahlung, gratis Abholdienst. Tel. 079 613 79 50 auch SA/SO.

IHR KLEININSERAT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/kleininserate

Preise	ZÜRCHER BAUER	ZÜRCHER BOTE
Kleininserat, 2 Zeilen (112 x 10 mm = 4 Spalten x 10 mm)	Fr. 22.–	Fr. 38.–
Kleininserat, 3 Zeilen (112 x 15 mm = 4 Spalten x 15 mm)	Fr. 33.–	Fr. 57.–
Kleininserat, 4 Zeilen (112 x 20 mm = 4 Spalten x 20 mm)	Fr. 44.–	Fr. 76.–

Keine Layoutanforderung möglich, wird korrekturgelesen.

Einsendeschluss
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11

Öffentliches Podium zur Abstimmung vom 14. Juni

Revision Radio- und Fernsehgesetz

Unfaire Mediensteuer oder moderne Finanzierung des «Service Public»?

Pro

Martin Candinas
Nationalrat CVP

Thomas Hardegger
Nationalrat SP

Contra

Natalie Rickli
Nationalrätin SVP

Gregor Rutz
Nationalrat SVP

Gesprächsleitung: **Claudia Wirz**, Redaktorin NZZ

Montag, 20. April 2015, 20.00 Uhr – Gemeinderatssaal Uster, Stadthaus, Bahnhofstr. 17, 8610 Uster

Anschliessend an die Veranstaltung sind alle herzlich zu einem Apéro eingeladen.
Wir freuen uns auf rege Beteiligung!

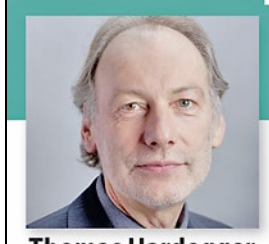
SP CVP SVP Schweizer Qualität – Ehrlich. Engagiert. Für Uster.

Eidg. Abstimmung vom 14. Juni

Radio- und Fernsehgesetz

Sinnvoller Service Public oder skandalöse Mediensteuer?

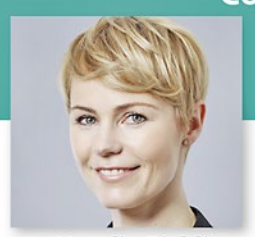
Pro



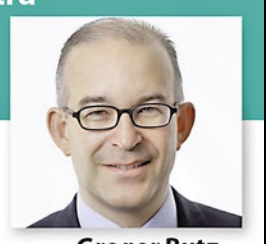
Thomas Hardegger
Nationalrat SP

Daniel Vischer
Nationalrat Grüne

Contra



Natalie Rickli
Nationalrätin SVP



Gregor Rutz
Nationalrat SVP

Leitung: **Marcel Odermatt**, Redaktor SonntagsBlick

Dienstag, 21. April 2015, 20:00 Uhr
Zunfthaus zur Schneidern / Blue Monkey, Stüssihofstatt 3, 8001 Zürich

Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme!

AKTION MEDIENFREIHEIT SVP Schweizer Qualität – Die Partei des Mittelstandes SP GRÜNE Grüne Partei der Schweiz

Junge SVP

Die Junge SVP Oberland-See lädt ein zu:

Ordentliche Generalversammlung 2015

Das anschliessende Referat (ab 21.15 Uhr) steht auch Gästen offen:

Referat Hans-Ueli Vogt (Kantonsrat Zürich) zum Thema «Was will die Selbstbestimmungsinitiative?»

Freitag, 17. April 2015, 20.00 Uhr

Gemeinschaftszentrum «In der Au», In der Au 1, 8604 Volketswil

Die Junge SVP Oberland-See freut sich
auf eine zahlreiche Teilnahme!

Für Rückfragen:
Simone Akermann, Präsidentin Junge SVP Oberland-See, akermann@jsvp-zh.ch

LESERBRIEF

Kantonsratsbeschluss zur Limmattalbahn

Wir Limmattaler dürften erwarten, dass eine Investition von dieser Grösse deutlich mehr Nutzen generiert, als Nachteile in Kauf genommen werden müssen. Trifft dies auf das vorliegende Projekt zu?

Die durchs Limmattal führenden Linien S3, S12 sowie die aus dem Säuliamt kommende S9 sind in den Spitzenzeiten deutlich mehr ausgelastet, als es auf die vorhandenen Buslinien zutrifft. Auch das Strassennetz, von der Gemeindestrasse bis zum Weininger Kreuz auf dem Nationalstrassennetz, läuft am Limit. Wir, die Limmattaler, orten auf diesen beiden Verkehrsträgern deutlich dringlicheren Handlungsbedarf als auf einer einzigen, weiteren Längsverbindung. Dass diese während Jahren grossräumige Baustellen erforderlich macht, und auch nachher die Zugänglichkeit der Zentren von Altstetten, Schlieren und Dietikon erschwert, gehört zu denjenigen Nachteilen, die gerne ausgeblendet werden. Es wird mit einer nächsten Generation von Bewohnern argumentiert, diese wohnen und arbeiten am selben Ort und können daher locker aufs Auto verzichten.

Die Unzulänglichkeit des Projektes Limmattalbahn zeigt sich auch darin, dass diese nur bis Zürich-Altstetten geführt wird und nicht bis in den HB Zürich. So werden tausende von Pendlern gezwungen, täglich in Zürich-Altstetten auf ein anderes öffentliches Verkehrsmittel umzusteigen, um an den HB Zürich zu gelangen. Dies ist ein Irrsinn sondergleichen.

Die Realität ist aber heute eine komplett andere, und wenn man die Auto-City Schlieren betrachtet, wird dies auch noch lange so bleiben. Wir würden begrüssen, wenn auf dem Strassen- und S-Bahnnetz Verbesserungen vorgenommen würden, statt mit einem sog. «Jahrhundert-Projekt» noch mehr Bewohner und Verkehrsteilnehmer ins Limmattal zu holen.

Etter Hans-Ulrich,
Gemeinderat, Schlieren

Offener Brief an Kaspar Loeb

Darf ich Sie höflich auf einen Irrtum Ihrerseits aufmerksam machen? Im «Sonntalk» von TELEZUERI am 22. März haben Sie im Zusammenhang mit der Fichenaffäre den längst verstorbenen Nationalrat Ernst Cincera abschätzig erwähnt. Damals befand sich sein Archiv aber bereits seit über zehn Jahren im Besitz der Herren Graf und Helfer. Cincera war kein Urheber, sondern selber ein Opfer der Fichenaffäre. Über ihn war eine gut 200 Seiten starke Akte in Bern abgelegt.

Cinceras Dossier war nur bei der ostdeutschen Staatssicherheit in Berlin noch umfangreicher als in Bern. Er hatte sich während der Unruhen der 68er- und 80er-Generation zur Aufgabe gemacht – damals war ja die DDR und deren Auslandspionage zuständig für die Unterwanderung und Destabilisierung der Schweiz (nachzulesen in «Verräter und Versager» und «Honeckers Handschlag» von Autor Erwin Bischof) – über die kommunistischen Umtriebe zu orientieren.

Cincera hielt in den 70er und 80er Jahren jährlich zwischen 200 und 300 Vorträge, beriet unzählige Patrons, Personalchefs, Lehrer und Politiker in Bedrängnis. Dies immer für Gotteslohn, was für mich als sein damaliger Finanzchef nicht immer Zuckerschlecken war. Aber das heikle Thema, dem er sich verschrieben hatte, verlangte eine lückenlos präzise Dokumentation der Ereignisse. Kommt hinzu, dass er und seine ganze Familie damals unter ständiger anonymer Bedrohung unserer DDR-Spitzel lebten.

Es lag mir daran, Ihre lückenhafte Kenntnis etwas aufzufüllen in der Hoffnung auf immer noch vorhandene Lernfähigkeit.

Hans Scharpf, Zürich

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 20. April 2015, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Affoltern / Aeugst
Jeden 1. Donnerstag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Eichhörnli, Aeugst.

Bezirk Andelfingen / Buch am Irchel
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Hauptstrasse 12, Buch am Irchel.

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf, Aesch, Uitikon, Urdorf
Samstag, 2. Mai 2015, 10.00–11.30 Uhr, Restaurant Steinerhof, Urdorf.

Samstag, 6. Juni 2015, 10.00–11.30 Uhr, im Bistro des AZAB (Alterszentrum am Bach), Birmensdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Meilen
Jeden zweiten Samstag (gerade Kalenderwochen), ab 10.30 Uhr, Restaurant Frieden, Rauchgässli 34, Meilen.

Bezirk Uster / Uster
Immer am ersten Samstag im Monat, 11.00 Uhr, Restaurant Puurehuus, Fehraltorferstrasse 8, Wermatswil.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Jeden zweiten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich-Wollishofen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 9.00 Uhr, Schützenhaus Albisgüetli, Uetlibergstrasse 341, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach / Winkel
Donnerstag, 14. Mai 2015, 10.00 – ca. 13.00 Uhr, Familie Sauter, Embracherstrasse 31, Winkel, Buure-Zmorge-Buffet, Musik durch die Örgeligruppe am Mülibach.

Bezirk Uster / Uster
Montag, 20. April 2015, 20.00 Uhr, Gemeinderatssaal Uster, Stadthaus, Bahnhofstrasse 17, Uster, Öffentliches Podium zur Abstimmung vom 14. Juni, Revision Radio- und Fernsehgesetz, unfaire Mediensteuer oder moderne Finanzierung des «Service Public»? U. a. mit den SVP-Nationalräten Natalie Rickli und Gregor Rutz. Anschliessend Apéro.

Junge SVP Oberland-See
Freitag, 17. April 2015, 20.00 Uhr, Gemeinschaftszentrum «In der Au», In der Au 1, Volketswil, Ordentliche Generalversammlung 2015, anschliessend (auch für Gäste) Referat von SVP-Kantonsrat Hans-Ueli Vogt zum Thema: «Was will die Selbstbestimmungsinitiative?»

Stadt Zürich
Dienstag, 21. April 2015, 20.00 Uhr, Zunfthaus zur Schneidern, Blue Monkey, Stüssihofstatt 3, Zürich, Podium zur Eidg. Abstimmung vom 14. Juni, Radio- und Fernsehgesetz, sinnvoller Service Public oder skandalöse Mediensteuer? U. a. mit den SVP-Nationalräten Natalie Rickli und Gregor Rutz.

Stadt Zürich / Kreis 6
Samstag, 11. April 2015, 9.30–11.30 Uhr, Rigiplatz vor Migros, Standaktion.

Stadt Zürich / Kreis 10
Samstag, 11. April 2015, 10.00–11.30 Uhr, Kappenbühlweg, Höngg, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Stadt Zürich / Kreis 11
Samstag, 11. April 2015, 9.00–12.00 Uhr, am Marktplatz, Oerlikon, Standaktion, ab 10.00 Uhr mit SVP-Nationalrat Thomas Matter.

Stadt Zürich / Kreis 12
Samstag, 11. April 2015, 9.00–12.00 Uhr, Schwamendingerplatz vor Migros, Standaktion.

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich
Donnerstag, 21. Mai 2015, 19.30 Uhr, Rest. Mercure Stoller, Zürich, Mitgliederversammlung.

Freitag, 3. Juli 2015, Sommerhöck (weitere Angaben folgen).

Donnerstag, 17. September 2015, 19.30 Uhr, Rest. Mercure Stoller, Zürich, Mitgliederversammlung.

Montag, 2. November 2015, 19.30 Uhr, im Hotel Olympia, Zürich, Mitgliederversammlung.

Freitag, 27. November 2015, Adventsessen (weitere Angaben folgen).

Montag, 25. Januar 2016, 19.00 Uhr, im Hotel Olympia, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 14. April 2015, 19.15–21.30 Uhr, im Hotel City, Brunnen, Informations- und Pressekurs zum Thema «Stopp dem schleichenden EU-Beitritt!» unter Leitung von Nationalrat Hans Fehr und alt Nationalrat Ulrich Schlüer. Kommen Sie einfach «auf den Platz»! Auskünfte bei Hans Fehr, 079 341 54 57.

Freitag, 8. Mai 2015, 19.00 Uhr, Gasthof Hecht, Zürichstrasse 12, Seeb-Winkel, Kurzreferat von Nationalrat Hans Fehr zur «Weiterentwicklung der Armee» im Rahmen der Generalversammlung der Offiziersgesellschaft Zürcher Unterland (OGZU).

Donnerstag, 21. Mai 2015, 19.15–21.30 Uhr, Palais Besenval, Klosterplatz 1, Solothurn, Informations- und Pressekurs zum Thema «Stopp dem schleichenden EU-Beitritt!» unter Leitung von Nationalrat Hans Fehr und alt Nationalrat Ulrich Schlüer. Kommen Sie einfach «auf den Platz»! Auskünfte bei Hans Fehr, 079 341 54 57.

Dienstag, 26. Mai 2015, 19.00–21.30 Uhr, Hotel Banana City, Winterthur, Informations- und Pressekurs zum Thema «Stopp dem schleichenden EU-Beitritt!» unter Leitung von Nationalrat Hans Fehr und alt Nationalrat Ulrich Schlüer. Kommen Sie einfach «auf den Platz»! Auskünfte bei Hans Fehr, 079 341 54 57.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 19. April 2015, **1. Ausfahrt**. Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 17. Mai 2015, **2. Ausfahrt**. Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 14. Juni 2015, **3. Ausfahrt**. Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 13. September 2015, **4. Ausfahrt.** Nähere Angaben folgen.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer — ISSN 1660-6701 — Der Zürcher Bote — ISSN 2296–3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 63.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, E-Mail: bauernverband@zbv.ch. Ferdi Hodel (FH). Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.stutz-druck.ch/content/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, E-Mail: bauernverband@zbv.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 48.–; für Nichtmitglieder Fr. 58.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, E-Mail: zb@svp-zuerich.ch. Reinhard Wegelin (rw.), Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65. **Insertionspreise:** www.stutz-druck.ch/content/der-zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** Stutz Druck AG, Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil, Tel. 044 783 99 11, info@stutz-druck.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz, Tramstrasse 11, 8708 Männedorf, Telefon 044 924 20 70, info@kretzgmbh.ch. **Inseratenschluss:** Dienstag, 17.00 Uhr. **Druck:** Stutz Druck AG, Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil, Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22.

Vorankündigung Alt-Räte-Treffen 2015

Das traditionelle Treffen findet dieses Jahr am Dienstag, 12. Mai 2015, im Bezirk Hinwil statt.

Die ehemaligen SVP-Rätinnen und -Räte erhalten rechtzeitig eine persönliche Einladung samt Anmeldetalon zugeschickt.

Im Namen der Alträte: Rosmarie Frehsner

Sonntag, 4. Oktober 2015, **5. Ausfahrt.** Nähere Angaben folgen.

Englandtour
Mittwoch, 12. August 2015 bis Sonntag, 23. August 2015, Cornwall, Süd-England. Nähere Angaben folgen.

Love Ride
Sonntag, 3. Mai 2015, Dübendorf.

Schlussfest
Freitag, 16. Oktober 2015, Schützenstube Meilen, bei Katharina und Ernst, Schützenhausstrasse 31, Meilen.

Sommerreise
Donnerstag, 9. Juli 2015 bis Sonntag, 12. Juli 2015 . Nähere Angaben folgen.

Stämme
Donnerstag, 7. Mai 2015, 19.00 Uhr, Ernst und Ursy Kuhn, Privatsammlung Töff-Oldi's, Klotenerstrasse 15, Dietlikon, **2. Stamm**.

Dienstag, 9. Juni 2015, 19.00 Uhr, Bachtel-Kulm, Bachtelstrasse 1115, Hinwil, **3. Stamm**.

Dienstag, 28. Juli 2015, 19.00 Uhr, Zum goldenen Winkel, Obergasse 13, Bülach, **4. Stamm**.

Donnerstag, 3. September 2015, 19.00 Uhr, Landgasthof Halbinsel Au, **5. Stamm**.

Dienstag, 22. September 2015, 19.00 Uhr, Restaurant Wiesental, Schaffhauserstrasse 146, Seuzach, **6. Stamm**.

Trucker und Country-Festival
Freitag, 26. Juni 2015 bis Sonntag, 28. Juni 2015, Interlaken.

VERANSTALTUNGEN ZU DEN KANTONS- UND REGIERUNGSRATSWAHLEN

Bezirk Meilen
Sonntag, 12. April 2015, ab 18.00 Uhr, Rest. Rössli (neben Vogtei), Herrliberg, Wahltreff. Es sind alle Mitglieder und Freunde eingeladen.

Kanton Zürich und Bezirk Winterthur Land
Sonntag, 12. April 2015, ab 15.00 Uhr, Restaurant Sagi, Wiesendangerstrasse 15, Bertschikon bei Wiesendangen, Autobahnausfahrt Attikon, SVP-Wahltreff. Auch unsere Regierungsräte Ernst Stocker und Markus Kägi werden erwartet. Es spielen für Sie die Wyland Stegreifler. Alle Mitglieder sind herzlich willkommen.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Sonntag, 12. April 2015, ab 18.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, Wahlfeier.

Stadt Zürich / Kreis 11 und 12
Sonntag, 12. April 2015, 17.00–22.30 Uhr, Restaurant «Vesuvio», Glatttalstrasse 40, Zürich, Wahlfeier.

JA zur Selbstbestimmungs-Initiative

«Denn hier bestimme ich!»

Liebe Schweizerinnen und Schweizer

Unsere Freiheit ist ein kostbares Gut. Die Schweiz ist aus dem unbändigen Drang unserer Vorfahren nach Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung entstanden. Diese Werte bilden auch die Grundlage für die Erfolgsgeschichte unseres Landes.

Selbstbestimmung und Unabhängigkeit sind jedoch bedroht:

- **Politiker, Beamte und Professoren wollen, dass das Schweizer Volk nicht mehr das letzte Wort hat. Sie möchten die Volksrechte unseres Landes einschränken.**
- **Das Bundesgericht hat beschlossen, dass fremdes Recht, fremde Richter und Gerichte mehr zählen als das von Volk und Ständen bestimmte Schweizer Recht.**

Die Folgen für uns Schweizerinnen und Schweizer:

- **Volk und Stände haben der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung und auch der Ausweisung krimineller Ausländer zugestimmt. Die Politiker verweigern die Umsetzung unter Berufung auf fremdes Recht und internationale Verträge. Kriminelle Ausländer bleiben so in unserem Land und können hier weiter ihr Unwesen treiben. Und es wandern weiterhin jährlich netto 80'000 Menschen zusätzlich in die Schweiz ein.**
- **Selbsternannte Eliten und die Classe politique wollen, dass die Schweiz in Zukunft dynamisch und zwingend das Recht der Europäischen Union (EU) übernimmt und dass der Gerichtshof der EU in Luxemburg zum höchsten Gericht wird. Das Schweizer Volk hätte nichts mehr zu sagen.**

Deshalb bitten wir Sie, jetzt die Volksinitiative Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative) zu unterschreiben. Besten Dank.

Bitte sofort vollständig oder teilweise ausgefüllt einsenden an:

Komitee Schweizer Recht statt fremde Richter, Postfach 54, 8416 Flaach
Mehr Informationen oder Bestellung beziehungsweise Herunterladen von Bogen: 031 300 58 58, www.selbstbestimmungsinitiative.ch und info@selbstbestimmungsinitiative.ch
https://www.facebook.com/selbstbestimmungsinitiative